

## Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 23.01.2024 um 18:00 Uhr  
in der Stadthalle, Hauptstraße 5, 73540 Heubach

**Am 23. Januar fand die erste Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahr statt.**

**Im Mittelpunkt der öffentlichen Sitzung stand die Vorberatung des Haushaltsplanentwurfs 2024. Das Gremium befasste sich außerdem mit der Organisation des Breitbandausbaus im Ostalbkreis ab 2024, der Beschaffung eines zweiten Aufenthaltswagens für den Naturkindergarten, dem Spendenbericht für das vierte Quartal 2023 sowie mit der Vorbereitung der Kommunalwahl 2024.**

**Der öffentlichen Sitzung ging ein nichtöffentlicher Tagesordnungspunkt voraus und es schloss sich eine nichtöffentliche Sitzung mit fünf weiteren Themen an.**

Bürgermeister Dr. Joy Alemazung begrüßte alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Gemeinderats in 2024 und erneuerte die Wünsche für das Jahr 2024, dessen Herausforderungen man sich mit viel Elan stellen wolle.

In seiner **Eingangsrede** bedankte er sich zunächst bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie bei der Verwaltung und den ehrenamtlich tätigen Gemeinderatsmitgliedern für die hervorragende Unterstützung in seinem zweiten Jahr im Amt. Trotz aller Schwierigkeiten sei man gut vorangekommen und habe nicht nur das Bewährte fortgesetzt und ausgebaut, sondern auch neue Themen in Angriff genommen.

Rückblickend für das Jahr 2023 nannte der Bürgermeister von der langen Liste der Themen den Ausbau der Nahwärmeversorgung und das Vorantreiben der kommunalen Wärmeleitplanung, die Erweiterung der Stellen für Schulsozialarbeit an den Heubacher Schulen, die Neueröffnung des Tafelladens und die Übergabe des neuen Mannschaftstransportwagens an die Freiwillige Feuerwehr Heubach. Ebenso bauliche Maßnahmen, wie die Sanierung von zwei Regenüberlaufbecken, die Realisierung einer Buswendeschleife in der Fritz-Spießhofer-Straße und die Anlage eines Urnengemeinschaftsgrab als neuer Form der Bestattung auf dem Friedhof Heubach. In Lautern erfolgte der Anschluss an die überregionale Glasfaseranbindung und die Sanierung des Bezirksamtes konnte beendet werden. Außerdem wurde mit der Bebauung des neuen Baugebietes „Auhölzle“ begonnen. Im Hinblick auf die anstehende Sanierung des Schlosses erfolgte jüngst der Umzug der Stadtbibliothek und des Miedermuseums in die alte Weberei. Verabschiedet hat sich die Stadt Heubach in 2023 vom Projekt „Albturm“, das nicht weiterverfolgt werde. Die Sanierung des Hallenbads konnte abgeschlossen und das Bad am 09. Januar 2024 endlich wieder für die Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden. Unter vielen Veranstaltungen im vergangenen Jahr hob der Vorsitzende die Waldklimatage hervor, die am 17./18. Juni im Bereich zwischen Parkplatz Stock und Kinderfestspielplatz auf dem Rosenstein abgehalten wurden und große Beachtung fanden.

Eine große Herausforderung, die es zu bewältigen gelte, stelle das **Freibad** dar. Bürgermeister Dr. Alemazung erinnerte an den technischen Zwischenfall und die notwendige kurze Schließung des Freibads an einem Wochenende im Juli 2023. Mit einigen Einschränkungen für die Badegäste konnte das Freibad die Saison über geöffnet bleiben. Der Vorsitzende betonte, dass seitdem gemeinsam mit dem Bäderleiter Bernd Müller Überlegungen angestrengt werden, wie der Bäderbetrieb in der Saison 2024 aufgenommen werden kann. Es sei eine kleine Lösung mit Kosten von rund 900.000 € erarbeitet worden; die große Lösung mit einem Volumen von 15 Millionen Euro sei für Heubach nicht realisierbar. Geplant sei, die Sanierung der Filtertechnik über den Winter zu bewerkstelligen, wofür jedoch entsprechende Fachplaner notwendig seien. Dies betreffe vor allem das über 80 Jahre alte Technikgebäude. Erschwerend sei hinzugekommen, dass die bisherige

Stadtbaumeisterin ab Mitte Oktober 2023 nicht mehr im Amt war. Bürgermeister Dr. Alemazung konstatierte, dass es viele Anfragen zum Thema Freibad von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, vom Förderverein des Freibads und von der Presse gebe und unterstrich die Wichtigkeit der direkten Kommunikation, im Besonderen mit dem Förderverein. Er berichtete von einem Telefonat mit der Vorsitzenden des Vereins, Carmen Grau, und ein Schreiben von ihr, das an die Mitglieder des Gemeinderats weitergeleitet werde und gute Idee und Vorschläge beinhalte. Er stellte ein Treffen mit allen Beteiligten in Aussicht, um über Themen wie Sponsoring zu sprechen. Bürgermeister Dr. Alemazung verwahrte sich gegen den Eindruck, dass die Stadt sich nicht um den Erhalt des Freibads kümmere. Es werde alles versucht, damit das Freibad in der kommenden Saison geöffnet und betrieben werden könne. Er machte deutlich, dass es sich um einen langen Prozess handle und verwies auf die Notwendigkeit europaweiter Ausschreibungen aufgrund des Auftragsvolumens. Darauf habe die Stadt keinen Einfluss. Der Vorsitzende unterstrich die immense Wichtigkeit des Heubacher Freibads als sozialer Treffpunkt und Ort der Daseinsfürsorge. Es bestehe auch hier die Herausforderung, mit weniger Geld viel zu erreichen.

Insgesamt seien die Zeiten sehr schwierig und die Finanzen knapp. Weniger Einnahmen gegenüber steigenden Ausgaben und wachsenden Aufgaben. Vor diesem Hintergrund sei es von großer Bedeutung, ein gutes und solidarisches Gemeinwesen in Heubach zu haben und einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen. Auch hier komme das Motto „Heubach gemeinsam gestalten“ und die Initiative „Meiner Gemeinde etwas zurückgeben“ zum Tragen, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft über alle Generationen hinweg zu fördern. Es gehe um ein gutes Miteinander, um Nächstenliebe und Solidarität.

Bürgermeister Dr. Alemazung unterstrich hierbei die Rolle der Jugendlichen. Es sei wichtig, die Jugendlichen ernst zu nehmen, ihre Bedürfnisse und Erfordernisse zu berücksichtigen und sie bei der Gestaltung der Stadt Heubach mitzunehmen. Er hob in diesem Zusammenhang auf die konstituierende Sitzung des neu gegründeten Jugendparlaments am 18.01.2024 ab und die dadurch geschaffene Möglichkeit zur Partizipation der Jugendlichen in der Kommune. Dazu gehöre auch der Lernprozess, Verantwortung zu übernehmen.

## TOP 1 - Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Bürgermeister Dr. Alemazung wies einleitend darauf hin, dass in der Bürgerfragestunde nur Fragen gestellt werden dürfen und bat um entsprechende Beachtung.

- Sabine Stütz, Mitglied des Fördervereins Freibad Heubach e.V., wollte eine Stellungnahme des Vereins zum **Thema Freibad** vortragen.  
Der Vorsitzende informierte, dass dies nicht möglich sei, sagte jedoch zu, das Schreiben am Folgetag per E-Mail an die Stadträtinnen und Stadträte weiterzuleiten. Es sei außerdem möglich, das Schreiben der anwesenden Presse zu übergeben. Er konstatierte, dass viele Aspekte aus diesem Schreiben bereits besprochen wurden.
- Klaus Schlumpberger meinte, dass viele Mitarbeiter der Firma Zeiss in Heubach wohnen würden und dass Zeiss Wohnungen und Bauplätze in Heubach suche. Er fragte hinsichtlich der **Finanzierung der Freibadsanierung** nach, ob hier im Gegenzug nicht um finanzielle Unterstützung angefragt werden könne. Gleiches gelte für die Raiffeisenbank und ein zinsloses Darlehen oder ähnliches.  
Bürgermeister Dr. Alemazung versicherte, dass alle Möglichkeit ausgeschöpft werden.
- Angela Kreuzer sprach für die „**Schwimmfrauen**“ vor und wollte wissen, warum die Stadtverwaltung fünf Monate lang nichts habe von sich hören lassen. Anstelle eines proaktiven Zugehens auf die Mitbürger habe es im Dezember dann einen Artikel in der Zeitung gegeben.  
Der Vorsitzende erklärte, dass man auf Pressefragen reagiert habe und bemerkte, dass das Thema Freibad überall angesprochen und behandelt werde.

- Cornelia Baumann, Bewohnerin eines älteren Hauses in der Wilhelmstraße, bei dem ein Entscheid hinsichtlich der Heizung anstehe, erkundigte sich nach der Perspektive eines **Nahwärmeanschlusses**. Auch die Nachbarn hätten hier bereits Interesse bekundet. Bürgermeister Dr. Alemazung bestätigte, dass eine Perspektive vorhanden sei und informierte über bestehendes Interesse von Seiten der Raiffeisenbank Rosenstein. Allerdings sei der Zeitplan dafür noch offen. Der Bedarf werde plantechisch und wirtschaftlich geprüft.

## **TOP 2 - Organisation des Breitbandausbaus ab 2024 im Ostalbkreis Auflösung von Komm.Pakt.Net und Gründung einer neuen Anstalt für den Ostalbkreis „Breitband Ostalb KAÖR“**

Werner Riek, Leiter des Breitbandkompetenzzentrums Ostalbkreis informierte das Gremium umfassend zum Thema. Er stellte zunächst die Gebietskulisse des interkommunalen Verbunds Komm.Pakt.Net (KPN, Gründung 2015) dar, dessen Gründungsmitglied der Ostalbkreis mit seinen 42 Kommunen ist. Gemeinsames Ziel des aus acht Landkreisen bestehenden Verbunds ist die Errichtung einer flächendeckend gut ausgebauten Glasfaserinfrastruktur. KPN wiederum ist Gesellschafter der 2021 gegründeten und privatwirtschaftlich organisierten OEW-Breitband GmbH (kann Fördermittel generieren) und hat dort die Aufgabenausführung, Planung und den Ausbau der Netze übernommen. Nachdem eine Verschmelzung von KPN und OEW-Breitband GmbH geplant ist, soll KPN zum Ende Januar aufgelöst werden und die Aufgaben auf die OEW-Breitband GmbH übergehen. Da der Ostalbkreis nicht Mitglied bei der OEW ist, ist die Gründung einer eigenen Gesellschaft, der Breitband Ostalb KAÖR - einer Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts - vorgesehen. Diese soll auf das Gebiet des Ostalbkreis begrenzt sein und als Dienstleister im Breitbandumfeld für die 42 Kommunen des OAK fungieren sowie den Netzbetriebsvertrag mit dem Betreiber Netcom BW halten. Die Ostalb KAÖR soll das Pachtclearing und die Pachtabrechnung zwischen Betreiber und Kommune übernehmen und gegen Entgelt für die Kommunen weitere Dienstleistungen im Aufgabenbereich Breitband anbieten. Die Finanzierung erfolgt wie zuvor bei KPN über eine einmalige Stammkapitaleinlage, jährliche Mitgliedsbeiträge, anteiliges Pachtclearing und Dienstleistungen. Herr Riek betonte, dass es keine Aufgabenübertragung der Kommune auf die KAÖR gebe, sondern lediglich eine Durchführungsübertragung. Die Kommune erhält weiterhin Fördermittel von Bund und Land und bleibt Eigentümerin des innerörtlichen, passiven Breitbandnetzes sowie der Landkreis Eigentümer des Backbonenetzes. Dadurch sind für die Stadt Heubach entsprechende Pachteinnahmen möglich.

Das Gremium folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, in der Verwaltungsratssitzung von Komm.Pakt.Net am 31.01.2024 nach Maßgabe von Ziffer 2 einer Auflösung von Komm.Pakt.Net zuzustimmen und sich nicht an einer Nachfolgeorganisation zu beteiligen.
2. Für den Fall, dass im Beschluss zur Auflösung von Komm.Pakt.Net die Folgen der Auflösung für die Beteiligten, insbesondere bezüglich des Vertragsüberganges des Netzbetriebsvertrags und der Pachtverträge für den Ostalbkreis und der 42 kreisangehörigen Kommunen nicht adressiert werden oder dass die Auflösung von KPN mit dem Beitritt zur OEW Breitband GmbH oder dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) oder einer anderweitigen Nachfolgeorganisation verknüpft ist, wird die Verwaltung beauftragt, hilfsweise einen Antrag auf Austritt von Komm.Pakt.Net zu stellen und der Auflösung von Komm.Pakt.Net erst zuzustimmen, wenn die Austrittsbedingungen einvernehmlich geklärt sind und der Verwaltungsrat von Komm.Pakt.Net dem Antrag auf Austritt zugestimmt hat.
3. Die Stadt Heubach tritt der Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts „Breitband Ostalb KAÖR“ als Gründungsmitglied auf Grundlage der Sitzungsvorlage einschließlich der Anlagen (Anstaltssatzung, Geschäftsordnung für Vorstand und Verwaltungsrat, Stammkapitaleinlage, Beitragssatzung) bei.

4. Der Ostalbkreis übernimmt die Mitgliedsbeiträge der kreisangehörigen Kommunen zur Breitband Ostalb KAÖR, die sich selbst mit ihrer einwohnerbezogenen Stammkapitaleinlage in die Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts „Breitband Ostalb KAÖR“ einbringen. Für die Stadt Heubach beträgt die Stammkapitaleinlage 5.047,00 €.

### **TOP 3 - Vorberatung des Entwurfs des Haushaltsplans 2024**

Kämmerin Monika Löhn sprach einleitend von einer schwierigen Haushaltsplanung für das Jahr 2024 auf Grundlage des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR), das seit dem 01.01.2020 von allen Kommunen rechtsverbindlich umzusetzen ist. Sie wies auf einen straffen Zeitplan hin – von der Bedarfsanmeldung der Ämter nach der Sommerpause über die Vorstellung und Diskussion des Haushaltsplanentwurfs in der Sitzung der Haushaltsstrukturkommission im November und die Vorberatung im Gemeinderat bis hin zur Beschlussfassung des Haushaltsplans 2024 in der Februarsitzung des Gremiums und die Genehmigung durch die Rechtsaufsicht. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die Vorgaben der Rechtsaufsicht für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2024 hin: Haushaltskonsolidierung, Stärkung der Ertragskraft des Ergebnishaushalts und Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2020. Zur Eröffnungsbilanz teile Frau Löhn mit, dass diese in der Gemeinderatssitzung im Mai 2024 vorgelegt werde. Danach folgen die Jahresabschlüsse.

Die Kämmerin gab dem Gremium einen Überblick über die wichtigsten Zahlen des überarbeiteten Haushaltsplanentwurfs mit den aktuellen Fortschreibungen (Planungsstand 10.01.2024) und stellte zunächst die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt) der Jahre 2023 und 2024 gegenüber. Sie konstatierte, dass zwar das Haushaltsvolumen gestiegen sei, jedoch auch die Aufgabenvielfalt und die Kosten (z.B. für Energie). Im Vergleich der Ertragsarten zeige sich die Problematik der wegbrechenden Gewerbesteuer. Hier wurde der ursprüngliche Ansatz von 3,4 Millionen Euro bereits auf 3 Millionen Euro gekürzt. Man gehe aber davon aus, dass am Ende eine Million Euro fehlen werde. Bei den Aufwandsarten fallen vor allem die höheren Personalauszahlungen ins Gewicht.

Bei den Investitionen im Finanzhaushalt unterstrich Frau Löhn, dass eine Priorisierung der wichtigsten Aufgaben unerlässlich sei. Dazu gehören:

- Schloss 9 Mio. €
- Breitbandausbau graue Flecken 4,3 Mio. €.
- Sanierung Realschule 1. BA 3,3 Mio. €.
- Ganztagesbetreuung Ausbau Schillerschule
- Ausbau Nahwärmenetz Goethestraße/Bahnhofstraße
- Ausbau Nahwärmenetz über Strutfeldstraße/Gottfried-Schneider-Straße/Gustav-Schwab-Straße
- Sanierung Freibad 1. BA (Technik)
- RÜB VI und IX 0,8 Mio. € (Fortführung)
- Böbinger Straße 1,6 Mio. €
- Sanierung Realschule 2. BA

Sie betonte, dass insbesondere die Sanierung des Schlosses, die Realschulsanierung, der Ausbau der Ganztagesbetreuung und eine eventuelle Freibadsanierung die Stadt Heubach finanziell stark belasten und auch zeitlich über mehrere Jahre binden werde.

Zum Schloss führte die Kämmerin aus, dass die Gesamtkosten für die Sanierung von anfänglich 6,9 Millionen Euro und im weiteren Planungsverlauf acht Millionen Euro inzwischen bei neuen Millionen Euro liegen. Reine Kostensteigerungen, die bei der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden müssen. Auf der anderen Seite gebe es für das Projekt hohe Zuschüsse aus

Förderprogrammen, wie z.B. dem Stadtsanierungsprogramm. Es müsse auch klar sein, dass die Schlosssanierung mindestens sechs bis sieben Jahre im Haushalt präsent sein werde.

Im Bereich der Heubacher Schulen stehen zwei große Maßnahmen an - die Sanierung der Realschule sowie der Ausbau der Ganztagesbetreuung in der Schillerschule, der eine Pflichtaufgabe darstellt. Hier sei eine Priorisierung notwendig, da die gleichzeitige Realisierung beider Maßnahmen nicht möglich sei. Als Gründe neben der generellen Finanzlage nannte Frau Löhn die Zuschusssituation (es kann nur ein Ausgleichstockantrag gestellt werden) sowie die fehlende Manpower. Es sei daher unbedingt abzuwägen sei, ob die Sanierung der Realschule oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Ganztagesbetreuung vorrangig umgesetzt werden soll. Die Verwaltung schlage vor, eine der beiden Maßnahmen als Hauptmaßnahme zu deklarieren und die entsprechenden Beträge im Haushalt einzustellen und die andere Maßnahme um ein paar Jahre zu verschieben und nur einen Sockelbetrag für die Planung vorzusehen.

Zum Freibad merkte Frau Löhn an, dass prinzipiell erst die Pflichtaufgaben erfüllt werden müssen, bevor es an die freiwilligen Aufgaben gehen könne. Ursprünglich habe man für die Jahre 2024 und 2025 jeweils 500.000 € eingeplant. Neu vorgesehen sind nun 700.000 € in 2024 und 550.000 € für 2025. Bedauerlicher Weise gebe es aktuell keine Fördertöpfe für Bäder bei Bund und Land. Man habe nun einen Antrag für die Sanierung kommunaler Anlagen gestellt, eine Zusage sei jedoch sehr fraglich. Sie betonte ausdrücklich, dass hier „keine Zeit verplempert“ werde, die Sanierung jedoch Step by Step angegangen werden müsse. Eine große Sanierung sei definitiv nicht möglich. Frau Löhn unterstrich, dass das Freibad auch der Verwaltung wichtig sei, aber nur das realisiert werden könne, was technisch sinnvoll und finanziell machbar sei.

Beim Thema Nahwärme - bislang GEO, neu: die Stadt übernimmt den Leitungsbau selbst - habe man Bereiche identifiziert, deren Realisierung sich als wirtschaftlich sinnvoll darstellt (Thema Fördermittel). Um Synergien zu nutzen, werde gleichzeitig der Austausch der Wasserleitung vorgesehen. Auch für die Wärmeplanung sei ein Zuschuss zu erwarten.

Die Kämmerin hob auf die gesetzliche Anforderung eines Ausgleichs von ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ab und informierte über einen Fehlbetrag von rund 1,4 Millionen Euro im Beratungsentwurf des Haushaltsplans 2024. Es war daher zu beraten, ob neben bereits vorgenommenen Kürzungen durch die Ämter der Stadtverwaltung und als Ergebnis der Beratungen in der Haushaltsstrukturkommission sowie Vorschlägen aus den Fraktionen weitere Sparmaßnahmen möglich sind. Sie hob nochmals auf die grundlegenden Aufgaben der Konsolidierung des Ergebnishaushaltes, der Priorisierung von Investitionen sowie die maximale Bezuschussung von Investitionen ab. Die Zuschüsse betreffend betonte sie die Zusammenarbeit und Teamleistung aller Ämter im Rathaus.

Frau Löhn erinnerte daran, dass nach dem NKHR Abschreibungen im Sinne einer Generationengerechtigkeit erwirtschaftet werden sollen. Für die Stadt Heubach bedeute dies einen Betrag von drei Millionen Euro.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt zum Jahresende 2023 bei 504 €. Nach dem jetzigen Stand der Planungen werde sich diese in 2024 auf 809 € erhöhen.

Der Zahlungsmittelüberschuss 2024 liegt dank der bereits vorgenommenen Kürzungen (insgesamt 1,6 Millionen Euro) aktuell bei rund 400.000 €, reiche jedoch noch nicht aus, um die laufenden Tilgungen (550.000 €) zu erwirtschaften. Es müssen demnach weitere 150.000 € eingespart werden, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu haben.

Frau Löhn stellte fest, dass die Haushaltsplanung für 2024 schon schwierig sei, jedoch für 2025 und die Folgejahre nicht einfacher werde. Sie wies darauf hin, dass nach den guten Jahren der Gewerbesteuererinnahmen nun hohe Umlagen zu zahlen seien (zwei Jahre Versatz).

Die Kämmerin informierte über zwei neue Positionen den Ergebnishaushalt betreffend, die noch in den Haushaltsplan eingearbeitet werden müssen: Zum einen müsse die Lärmaktionsplanung

weitergeführt und dafür 9.500 € eingeplant werden. Zum anderen muss nach heutigem Beschluss Komm.Pakt.Net heraus- und die neue Gesellschaft hineingenommen werden.

Die Sprecher der Fraktionen dankten der Kämmerin für die ausführliche Darstellung des komplexen Zahlenwerks.

Stadtrat Martin Kelbaß (BL) konstatierte steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen. Man müsse sich Gedanken darüber machen, wie man auch langfristig sparen könne. Jedes Jahr kämen mehr Dinge on top, so sei zu überlegen, welche Aufgaben, die die Kommune übernimmt, gestrichen werden können. Konkrete Punkte der Fraktion waren hier, den für das Einwohnermeldeamt vorgesehenen Fotoautomaten für Passfotos sowie die Anschaffung eines Mähroboters für Hanglagen und Lärmschutzwälle zu streichen oder zumindest zu verschieben. Ebenfalls nachgefragt wurde die vorgesehene Anschaffung einer Waschmaschine für die Feuerwehr.

Frau Löhn informierte über eine gesetzliche Auflage, die das Vorhandensein eines Fotoautomaten im Rathaus vorschreibe. Bei der Waschmaschine handle es sich um eine Spezialwaschmaschine für Feuerwehr-Einsatzkleidung, die bislang zur Spezialreinigung gegeben wurde. Man realisiere damit also eher eine Einsparung. Auch die Anschaffung des Mähroboters werde vom Bauhof als rentierlich bewertet, da damit mehrere Flächen in Heubach bearbeitet werden könnten, die aktuell durch Fremdvergabe gepflegt werden.

Stadtrat Gerhard Kuhn (UB) meinte, dass es schwierig sei, Posten zu finden, die gekürzt werden können. Er bemerkte allerdings, ob es notwendig sei, für den Heubacher Ehrenabend 22.000 € auszugeben. Dies schien ihm im Vergleich zu den 1.500 €, mit denen Lautern für den Neujahrsempfang auskomme, zu viel zu sein. Er sah hier Potenzial für Kürzungen, z.B. bei der externen Moderation und einer auswärtigen Band, und meinte, dass man 10.000 € streichen könne.

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner informierte, dass maximal 18.000 € für den Ehrenabend ausgegeben worden seien. Er wies außerdem darauf hin, dass der Abend nach Beschluss des Gremiums ein entsprechendes Niveau und einen ansprechenden Rahmen haben sollte. Er betonte, dass mehr als zwanzig Ehrenamtliche geehrt wurden und dafür auch das Jahresabschlussessen des Gemeinderats entfielen.

Stadtrat Thomas Abele (CDU) konstatierte, dass schon viel erarbeitet und rund 1,6 Millionen Euro an Einsparungen erzielt werden konnten. Er kommentierte die 30 Millionen Euro auf der Ausgabenseite des Ergebnishaushalts, wovon rund ein Drittel auf Personalauszahlungen fallen und meinte, dass die Steigerung der Personalkosten um rund eine Million in 2024 den Haushalt hart treffe. Er ging auf die größten Invests ein und schlug für das Schloss vor, sich während der Sanierung Gedanken über die künftigen Nutzungsmöglichkeiten zu machen. Das Freibad sei ein Muss und bei der Nahwärme sei es wichtig, die Wärmeleitplanung in 2024 fertigzustellen, um für die nächsten Jahre eine Orientierung (Planungsunterstützung für Private und Gewerbe) zu haben. Grundsätzlich habe Heubach mit der Finanzierung der Pflichtaufgaben kein Problem. Dies betreffe auch Aufgaben, die für umliegende Gemeinden wahrgenommen werden.

Wie Stadtrat Kuhn ging auch Stadtrat Abele auf das Thema „Veranstaltungen“ ein, das seines Erachtens noch diskutiert werden könne. Er sprach sich für eine Behandlung der Thematik im Verwaltungsausschuss aus. Es gehe um Konzepte (z.B. Ehrenabend und Afrikafest) und Transparenz darüber, was geplant sei.

Zum Finanzhaushalt und der Maßnahmen Schillerschule und Realschule stellte Stadtrat Abele fest, dass dies keine Frage von entweder – oder sei, sondern dass es darum gehe, wie die Maßnahmen und Gelder aufgeteilt werden können. Da bei der Schillerschule und der Ganztagesbetreuung das Jahr 2026 als festes Datum stehe, sollte seiner Meinung nach damit gestartet werden, aber eine Planungsrate für die Realschule im Haushalt beibehalten werden. Er schlug hier einen Betrag von 100.000 € vor; 600.000 € sollten geschoben werden.

Hinsichtlich der im Haushaltsplan definierten Ziele (Digitalisierung an Schulen und innerhalb der Verwaltung fortführen, Förderung der Gewerbeentwicklung, Energieeinsparung und Klimaschutz sowie Erhaltung des Heubacher Schlosses) wünschte sich Stadtrat Abele bis zum April ein Update zum Thema Digitalisierung und im zweiten Halbjahr 2024 Infos zu den Förderungsmöglichkeiten der Gewerbeentwicklung. Ebenfalls von der Fraktion gewünscht wurde eine Dreijahresplanung bei den Personalkosten und eine Optimierung der Haushaltsberatungen 2025, um den großen Zeitinvest von Seiten des Gemeinderats zu begrenzen.

Hauptamtsleiter Häffner informierte, dass das Thema „Digitalisierung an Schulen und innerhalb der Verwaltung“ bereits auf der Agenda der Verwaltungsausschusssitzung am 07. Februar 2024 stehe und das Thema „Veranstaltungen“ im Juni im Verwaltungsausschuss behandelt werde.

Stadtrat Günther Lux (SPD) meinte, dass in der Haushaltsplanung zwar einiges richtig gemacht worden sei, dennoch stelle der Haushaltsplan 2024 wieder einen Verschiebebahnhof dar. Er erinnerte auf die seit fünf Jahren geschobene Sanierung der Toiletten am Friedhof und Bäume, die hätten gepflanzt werden sollen. Die Straßen seien teilweise in einem katastrophalen Zustand, weshalb er nicht verstehe, dass die Position für Straßeninstandsetzung von 350.000 € auf nur 300.000 € gekürzt wurde; hier hätte man eigentlich einen höheren Betrag einstellen sollen. Vielmehr könne seines Erachtens beim Afrikafest gespart werden, das man nicht brauche, ebenso bei Bike the Rock, das man auch einmal aussetzen könne. Auch das Freibad, das nicht von allen genutzt werde, könne für eins, zwei Jahre geschlossen werden. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den „Auftrag“ an den Bürgermeister, bei der Firma Triumph nach finanzieller Unterstützung für die Sanierung zu fragen. Schließlich gehöre das Freibad nicht der Stadt und auch die europaweite Ausschreibung habe „keinen Wert“. Nach seiner Auffassung sei der Gemeinderat auch nicht dafür da, der Verwaltung aufzuzeigen, wo gespart werden könne. Dies müsse umgekehrt passieren.

Bürgermeister Alemazung nahm dazu Stellung und meinte, dass der Gemeinderat sehr wohl der richtige Ort sei, um Sparscheidungen zu treffen. Er merkte an, das Ergebnis der Gespräche mit Triumph bereits mehrfach mitgeteilt zu haben und unterstrich, dass das Freibad intensiv von der Bürgerschaft genutzt werde. Dies stelle zwar eine freiwillige Aufgabe dar, sei aber für die Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr wichtig.

Hinsichtlich der wichtigen Priorisierungen schlug Kämmerin Löhn abschließend vor, die Schillerschule vollumfänglich im Haushaltsplan zu belassen und bei der Realschule 100.000 € für Planungskosten in den Jahren 2024 und 2025 einzustellen sowie die Sanierung für 2026 und 2027 einzuplanen. Den vorgesehenen Mähroboter werde man aus der Planung für 2024 herausnehmen.

Die Änderungen werden entsprechend in den Haushaltsplan 2024 eingearbeitet, der in der nächsten Sitzung des Gemeinderats am 20. Februar 2024 beschlossen werden soll.

Der Gemeinderat nahm den Haushaltsplanentwurf sowie die Fortschreibung/Aktualisierung durch die Vorberatung des Entwurfs **zur Kenntnis**.

#### **TOP 4 - Naturkindergarten – Beschaffung eines zweiten Aufenthaltswagens - Vergabe**

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner erinnerte an den Beschluss des Gemeinderats in der Sitzung vom 17. Oktober 2023, einen zweiten Aufenthaltswagen für den Naturkindergarten zu beschaffen, Hintergrund dafür war, dass Anfragen für die Aufnahme in den Naturkindergarten teilweise nicht bedient werden konnten. Mit dem zweiten Wagen kann eine zweite Gruppe mit Platz für 20 weitere Kinder eröffnet werden.

Die Herstellung, Lieferung und Aufstellung des Aufenthaltswagens wurde beschränkt ausgeschrieben. Von den fünf aufgeforderten Bietern, haben nur zwei ein Angebot abgegeben. Das davon günstigste liegt bei rund 96.000 €.

Zu dem von der Verwaltung in der Oktobersitzung vorgeschlagenen Standort des Aufenthaltswagens (Variante I - direkt gegenüber dem Standort des vorhandenen Wagens) wurden gemeinsam mit dem Bauhof und der Einrichtungsleitung mögliche Alternativen erarbeitet, um das bei der ursprünglichen Idee notwendige Abtragen des beliebten Rutschhügels zu vermeiden.

Variante II (Standort des bisherigen Betontisches / Brunnensäule) wäre etwas weiter entfernt, aber immer noch in Rufnähe zum ersten Wagen. Die Synergien bleiben bestehen. Die Kosten der Geländevorbereitung liegen etwas höher als bei Variante I. Diese Variante werde sowohl von der Verwaltung als auch von der Einrichtungsleitung bevorzugt.

Variante III sieht die Aufstellung des zweiten Wagens im rückwärtigen Geländeteil vor und stellt hinsichtlich der aufwändigeren Geländevorbereitung und Herstellung der Zufahrt für den Bauwagen die teuerste Lösung dar. Durch die Entfernung gehen außerdem Synergieeffekte verloren.

Zu dem von Stadtrat Jürgen Tiede noch ins Spiel gebrachten Standort direkt neben dem ersten Wagen, informierte Herr Häffner, dass dieser aufgrund eines notwendigen Mindestabstands zum Bach nicht funktioniere.

Das Gremium fasste den **einstimmigen** Beschluss, den wirtschaftlichsten Bieter – die Firma Junginger aus Nattheim – mit der Herstellung, Lieferung und Aufstellung des zweiten Aufenthaltswagens zum Angebotspreis von 95.572,83 € am Standort von Variante II zu beauftragen.

## **TOP 5 - Annahme von Spenden und Sponsoring für das 4. Quartal 2023 (Spendenbericht)**

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner wies auf den bekannten, einmal pro Quartal anstehenden Vorgang hin: Nach § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat. Die Verwaltung hat außerdem einen Bericht mit genauer Angabe der Spender, Spendenbetrag und Verwendungszweck für die Rechtsaufsichtsbehörde zu erstellen.

Im vierten Quartal 2023 sind insgesamt 5.520 € an Spenden für verschiedene Zwecke bei der Stadt Heubach eingegangen - Städtische Kindergärten: 1.400 € (Einzelspende), Freiwillige Feuerwehr: 600 € (Einzelspende), Partnerstadt Anderamboukane in Mali: 50 € (Einzelspende), Mörikeschule: 250 € (Einzelspende), Bike the Rock: 500 € (Einzelspende), Neujahrswünsche zu Gunsten der Nothilfekasse: 2.720 € (37 Spenden).

Herr Häffner hob als besonders positiv hervor, dass an die Stiftung Heubach eine Einzelspende in Höhe von 25.000 € eingegangen ist.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **unisono** zu.

## **TOP 6 - Vorbereitung Kommunalwahl 2024 - Wahl des Gemeindevwahlausschusses und Organisation**

Am 09. Juni 2024 finden die nächsten Kommunalwahlen und die Europawahl statt.



Hanna Umann vom Ordnungsamt informierte das Gremium ausführlich über die rechtlichen Grundlagen hinsichtlich der Bestellung des Gemeindevwahlausschusses für die Gemeinde- und Ortschaftsratswahl sowie dessen Aufgaben. Sie wies darauf hin, dass Bürgermeister Dr. Alemazung aufgrund seiner Kandidatur für den Kreistag nicht den Vorsitz des Gemeindevwahlausschusses übernehmen kann.

Frau Umann teilte mit, dass es in diesem Jahr sieben Wahlbezirke (einen mehr als bei den vergangenen Wahlen) sowie drei Briefwahlbezirke geben wird. Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses findet in der Reihenfolge Europawahl - Gemeinderat - Kreistag - Ortschaftsrat statt. Wie in der Vergangenheit soll die Wahlhandlung am Wahlsonntag nach Auszählung der Europawahl unterbrochen und die weitere Auszählung entsprechend der genannten Reihenfolge am Montag, den 10. Juni 2024 ab 8.30 Uhr im Rathaus fortgesetzt werden. Die ehrenamtlich tätigen Wahlhelfer sollen gemäß der Satzung der Stadt Heubach über die Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit einen festgelegten Auslagensatz erhalten, der bei einem Einsatz von mehr als sechs Stunden bei 60 € liegt.

Das Gremium beschloss ohne Diskussion und **einstimmig**:

1. Die Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses werden wie von der Verwaltung vorgeschlagen gewählt.
2. Dem Gemeindevwahlausschuss wird empfohlen, die Wahlhandlung am Wahlsonntag nach Auszählung der Europawahl zu unterbrechen. Die Ermittlung der Wahlergebnisse wird am Montag den 10. Juni 2024 ab 8:30 Uhr fortgesetzt.
3. Die Entschädigung der ehrenamtlichen Wahlhelfer beträgt am Wahltag und am Auszählungstag 60 €.

## **TOP 7 - Bekanntgaben, Sonstiges**

- Bürgermeister Dr. Joy Alemazung informierte über die Fahrt einer Delegation aus Lautern zur „Grünen Woche“ nach Berlin. Dort wird am Freitag die **Preisverleihung des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“** stattfinden.  
Ortsvorsteher Philipp Woditsch ergänzte, dass man mit zwei Reisebussen rund 90 Personen – u.a. der Ortschaftsrat und Vertreter der Ämter - nach Berlin fahren werde. Die Preisverleihung erfolgt durch den Landwirtschaftsminister Cem Özdemir. Für das „Dorffest“ wird es einen Kulturbeitrag von Lautern geben.
- Stadtrat Martin Kelbaß gab eine Anfrage hinsichtlich der **Öffnungszeiten des Hallenbads** weiter und erkundigte sich nach der Möglichkeit, dieses auch einmal mittags bzw. am früheren Nachmittag zu öffnen.  
Hauptamtsleiter Eckhard Häffner wies auf viele Belegungen und notwendige Reinigungszeiten hin. Er sagte zu, dies mit Bäderleiter Bernd Müller zu besprechen, sah jedoch keine große Chance für ein weiteres Angebot. Er merkte an, dass dann andere Gruppen zurückstecken müssten.
- Auch an Stadtrat Lukas Klotzbücher wurde eine Anfrage zum Hallenbad herangetragen. Es wurde gefragt, ob das Frauenschwimmen noch zeitgemäß sei und Interesse an **Männerschwimmen** geäußert.  
Hauptamtsleiter Häffner meinte dazu, dass es dann mit entsprechender Konsequenz auch noch weitere Angebote geben müsse und verwies auf die vorherige Argumentation. Es sei grundsätzlich schwierig, zusätzliche Öffnungszeiten und neue Angebote im Hallenbad zu ermöglichen.
- Stadtrat Markus Bretzler wies darauf hin, dass sich beim **ehemaligen „Roten Ochsen“** wieder eine Müllhalde entwickle und bat um eine rechtzeitige Beteiligung des Ordnungsamts in dieser Angelegenheit.  
Bürgermeister Dr. Alemazung sagte zu, dies weiterzugeben.